

Markus Marterbauer

Konjunkturerholung droht ins Stocken zu geraten

Prognose für 2004 und 2005

Das Wachstum des BIP wird heuer real nur 1,5% betragen. In den letzten Monaten haben sich die Unsicherheiten über den weiteren Verlauf vor allem in der Sachgütererzeugung verstärkt. Der Ausblick auf das Jahr 2005 (BIP real +2¼%) ist angesichts der uneinheitlichen Konjunktursignale als besonders vage anzusehen. Die Zahl der Arbeitslosen erreicht fast 250.000, das Beschäftigungswachstum bleibt gemessen am kräftigen Anstieg des Arbeitskräfteangebotes zu schwach.

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. • Abgeschlossen am 31. März 2004.
E-Mail-Adresse: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Seit Jahresbeginn haben sich die Konjunkturaussichten für den Euro-Raum und für Österreich eingetrübt. Frühindikatoren wie die Unternehmensbefragungen der Europäischen Kommission, der ifo-Geschäftsklimaindex für Deutschland und der WIFO-Konjunkturtest für Österreich weisen darauf hin, dass das Geschäftsklima in der konjunktur reagiblen Sachgütererzeugung – nach einer kurzen Belebung von Mitte bis Ende 2003 – ungünstiger beurteilt wird. Die Unternehmen sehen keine weitere Verbesserung der Auftragslage und beurteilen die Produktionsaussichten zurückhaltender als zuvor. Nun bleibt abzuwarten, ob dies nur eine kurzfristige "Konjunkturpause" ist, oder ob die zaghafte Konjunkturerholung der zweiten Jahreshälfte 2003 bereits wieder ihr Ende erreicht hat. Parallelen zur Wirtschaftslage von Mitte 2002, als die Konjunkturbelebung im Euro-Raum infolge eines Rückgangs der Aktienkurse, steigender Rohölpreise und einer Höherbewertung des Euro schon nach wenigen Monaten abbrach, drängen sich auf.

Das WIFO geht in seiner Prognose davon aus, dass sich die Konjunkturerholung weiter verlangsamt, aber nicht zum Stillstand kommt. Unter dieser Annahme ergibt sich für Österreich heuer ein Wirtschaftswachstum von 1,5%. Die Aussichten für 2005 erscheinen besonders unsicher – derzeit wird eine BIP-Rate von +2¼% unterstellt.

Deutlich expansive Impulse erhält die europäische Konjunktur von der Weltwirtschaft, die – angetrieben vom Boom in Asien und einer regen, wenn auch mit Abwärtsrisiken behafteten Nachfrage in Nordamerika – kräftig wächst. Die Dynamik überträgt sich allerdings sehr zögernd auf den Euro-Raum. Die starke Aufwertung des Euro trägt dazu wesentlich bei. Noch wichtiger ist aber die anhaltende Schwäche der Binnennachfrage im Euro-Raum: Unternehmen und private Haushalte sind erheblich verunsichert und schieben deshalb geplante Investitionen auf bzw. neigen zu gesamtwirtschaftlich nachteiligem Vorsichtssparen. Die europäische Wirtschaftspolitik zeigt sich nicht in der Lage, Wachstumsimpulse zu generieren.

Die träge Konjunktur bei wichtigen Handelspartnern dämpft die Expansion der österreichischen Warenausfuhr, sie könnte im Jahr 2004 real 4½% erreichen. Die heimischen Unternehmen verlieren damit Marktanteile, vor allem – allerdings von hohem Niveau ausgehend – in den Beitrittsländern. Die Warenimporte dürften heuer real etwas langsamer zunehmen als im Vorjahr, weil aus steuerlichen Gründen Investitionen (sie sind sehr importintensiv) ins Jahr 2003 vorgezogen wurden. Die Salden von Handels- und Leistungsbilanz weisen ein geringfügiges Passivum auf (etwa ½% des BIP). In der Sachgütererzeugung spiegeln sich die Konjunkturschwankungen am stärksten, ihre Entwicklung ist angesichts hoher Unsicherheiten besonders schwierig

zu prognostizieren. Das WIFO erwartet nach einer Stagnation der realen Wertschöpfung im vergangenen Jahr heuer einen schwachen Anstieg (+2¼%).

Wie schon im vergangenen Jahr erweist sich die Inlandsnachfrage in der Prognoseperiode als stabilisierender Faktor der Konjunktur. Im Jahr 2004 wird die Bauwirtschaft neuerlich kräftig wachsen (real +2½%), insbesondere dank reger Investitionsaktivitäten im Infrastrukturbau. Einzelhandel und privater Konsum dürften 2005 erstmals seit vier Jahren rascher als im langfristigen Durchschnitt expandieren (+2½%) und damit wichtige Wachstumsbeiträge für die Gesamtwirtschaft leisten. Die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer wird die verfügbaren Einkommen merklich erhöhen und die Ausweitung des privaten Konsums beschleunigen. Allerdings steigen auch Sparquote und Importe deutlich. Der Gesamteffekt der zweiten Etappe der Steuersenkung auf das Wirtschaftswachstum im Jahr 2005 wird vom WIFO mit +0,3 Prozentpunkten angesetzt. Das Defizit der öffentlichen Haushalte dürfte sich um gut ¾ Prozentpunkte auf etwa 1½% des BIP vergrößern.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+ 3,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,3
Nominell	+ 4,9	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,4	+ 3,8
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real	+ 6,4	+ 1,5	+ 0,5	- 0,2	+ 2,2	+ 3,3
Handel, real	+ 3,7	- 0,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,7	+ 2,5
Private Konsumausgaben, real	+ 3,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,5
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 6,2	- 2,3	- 2,8	+ 4,3	+ 2,7	+ 3,2
Ausrüstungen ²⁾	+ 11,8	- 2,1	- 5,2	+ 6,1	+ 3,0	+ 4,5
Bauten	+ 1,9	- 2,5	- 0,7	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,0
Warenexporte ³⁾						
Real	+ 13,1	+ 7,5	+ 5,2	+ 2,0	+ 4,5	+ 6,5
Nominell	+ 15,6	+ 6,5	+ 4,2	+ 1,4	+ 4,3	+ 7,0
Warenimporte ³⁾						
Real	+ 10,9	+ 5,7	+ 0,8	+ 4,8	+ 4,0	+ 7,3
Nominell	+ 14,7	+ 5,0	- 2,0	+ 3,5	+ 3,5	+ 7,8
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €					
	- 5,36	- 4,13	+ 0,75	- 1,28	- 0,99	- 1,60
	in % des BIP					
	- 2,6	- 1,9	+ 0,3	- 0,6	- 0,4	- 0,7
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %					
	5,6	5,1	5,0	4,2	4,1	3,9
Verbraucherpreise						
	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,5
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾	3,7	3,6	4,3	4,4	4,5	4,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	5,8	6,1	6,9	7,0	7,2	7,2
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁷⁾	+ 0,9	+ 0,4	- 0,5	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,8
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP					
	- 1,5	+ 0,2	- 0,2	- 1,1	- 1,0	- 1,5

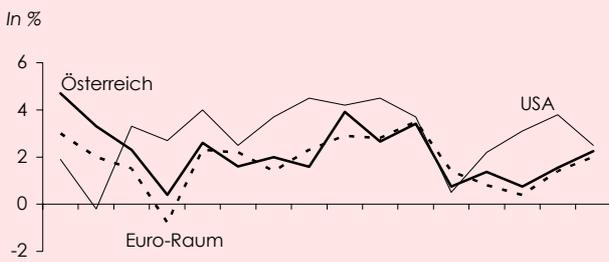
¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen. – ³⁾ Laut Statistik Austria. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – ⁵⁾ Labour Force Survey. – ⁶⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer.

Die Zahl der Arbeitslosen nimmt im Prognosezeitraum weiter zu. Sie könnte im Jahresdurchschnitt 2005 knapp 250.000 erreichen und läge damit deutlich über dem Niveau vor Beginn der Wachstumskrise (2000: 194.000). Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 7,2% der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. 4,5% der Erwerbspersonen laut Eurostat. Der leichte Anstieg der Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten (2004 +0,5%) geht auf den Dienstleistungssektor zurück und dürfte überwiegend Teilzeitarbeitsplätze betreffen.

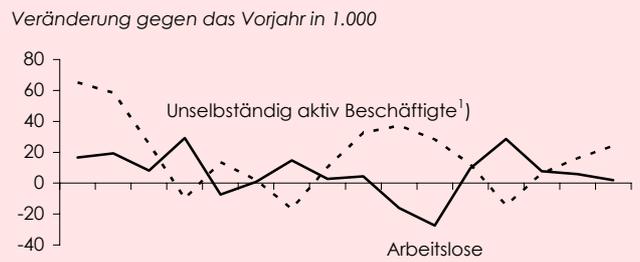
Ausgehend von einer Energievertéuerung hat sich die Inflation jüngst leicht erhöht, ohne allerdings die Marke von 2% – sie wird als Grenze der Preisstabilität angenommen – zu erreichen. In den Jahren 2004 und 2005 dürfte der Preisauftrieb auf Verbraucherebene laut dem einheitlich berechneten Harmonisierten Verbraucherpreisindex 1,4% bzw. 1,3% betragen. Der Anstieg des traditionellen österreichischen Verbraucherpreisindex ist jeweils um 0,2 Prozentpunkte höher.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

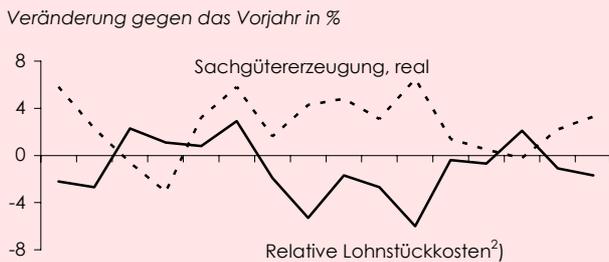
Wirtschaftswachstum



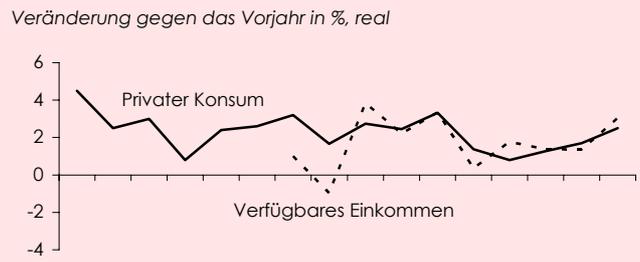
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



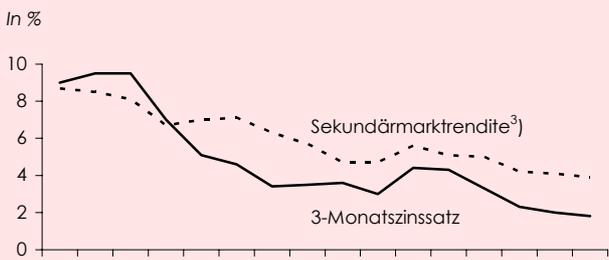
Wettbewerbsfähigkeit und Produktion



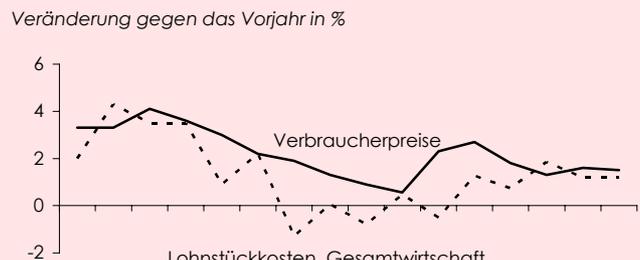
Konsum und Einkommen privater Haushalte



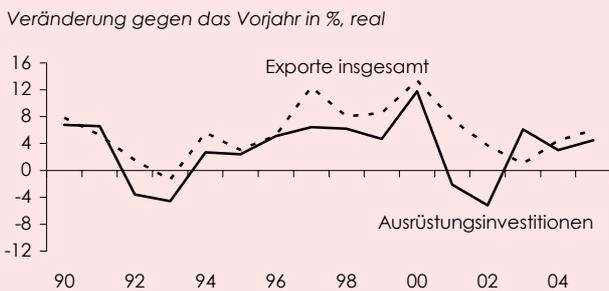
Kurz- und langfristige Zinssätze



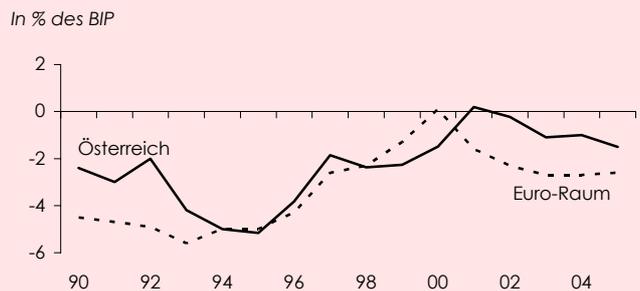
Preise und Lohnstückkosten



Export und Investitionen



Finanzierungssaldo des Staates



¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer. – ²⁾ In der Sachgütererzeugung, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Angesichts der erheblichen Unsicherheiten über den weiteren Konjunkturverlauf sollte die Wirtschaftspolitik Pläne beschleunigen, auf der Ebene der erweiterten Europäischen Union und der Nationalstaaten Zukunftsinvestitionen auszuweiten. Die WIFO-Prognose unterstellt auch eine Senkung des kurzfristigen Zinssatzes durch die EZB.

Starke Expansion der Nachfrage in Asien

Das kräftige Wirtschaftswachstum in China bringt einen Nachfragesog in der Weltwirtschaft und vor allem in Asien mit sich. Die Preise von Roh- und Grundstoffen ziehen merklich an.

In der Weltwirtschaft und im Welthandel hat im Jahr 2002 eine Erholung eingesetzt, die zunehmend an Stärke gewinnt. Das Wachstum des Welthandels wird sich weiter beschleunigen und im Jahresdurchschnitt 2004 eine Rate von +7½% erreichen. Allerdings unterscheidet sich die Dynamik zwischen den großen Wirtschaftsräumen erheblich: Im Euro-Raum kommt die Konjunkturbelebung nur sehr schleppend voran. In den USA nimmt die Nachfrage kräftig zu, allerdings gibt es begründete Zweifel über die Dauerhaftigkeit der Expansion. Nur in Asien verläuft der Aufschwung ungebrems.

Dazu trägt vor allem die chinesische Wirtschaft bei. Sie wächst unter den günstigen Rahmenbedingungen strikter Kapitalverkehrskontrollen und fester Wechselkurse um 8% pro Jahr. Von der regen Importnachfrage in China gehen entscheidende Impulse für den südostasiatischen Raum, für Japan und den Welthandel aus. Der rasch steigende Bedarf Chinas an Rohstoffen und Halbfertigwaren trägt wesentlich zu einem kräftigen weltweiten Preisschub in diesen Güterkategorien bei. Die Rohölpreise liegen mit über 30 \$ je Barrel deutlich über dem von der OPEC angestrebten Preisband. Gemäß dem HWWA-Index dürften die Rohstoffpreise auf Dollarbasis heuer um etwa 25% höher sein als im Jahr 2002.

Wachstum in den USA vorerst kräftig

In den USA ist ein Konjunkturaufschwung in Gang gekommen, der nun alle Nachfrageaggregate erfasst. Trotz stagnierender Beschäftigung und schwachen Reallohnwachstums weiten die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben merklich aus. Dazu tragen besonders die Steuersenkungen bei. Der öffentliche Konsum expandiert aufgrund der hohen Militärausgaben und der Ausweitung anderer Staatsausgaben stark. Die Belebung der Investitionen in Ausrüstungen und Software hat sich im 2. Halbjahr 2003 deutlich beschleunigt. Dies spiegelt die Aufhellung der Stimmung der Industrieunternehmen wider, deren Auftragseingang und Produktion sich verstärkt haben. Das BIP wird im Jahr 2004 real um etwa 4% zunehmen.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real						
OECD insgesamt	+ 3,9	+ 0,9	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,8	+ 2,4
USA	+ 3,7	+ 0,5	+ 2,2	+ 3,1	+ 3,8	+ 2,5
Japan	+ 2,8	+ 0,4	- 0,4	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,5
Asien (ohne Japan)	+ 6,8	+ 5,2	+ 6,0	+ 6,5	+ 7,0	+ 6,5
EU 25	+ 3,6	+ 1,7	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,8	+ 2,2
EU 15	+ 3,5	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,1
Euro-Raum	+ 3,5	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,4	+ 2,0
Deutschland	+ 2,9	+ 0,8	+ 0,2	- 0,1	+ 1,0	+ 1,7
Beitrittsländer ¹⁾	+ 4,1	+ 2,4	+ 2,3	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,8
Welthandel, real	+ 12,3	+ 0,3	+ 3,4	+ 4,0	+ 7,5	+ 6,0
Marktwachstum Österreichs ²⁾	+ 12,2	+ 2,2	+ 1,8	+ 4,2	+ 5,0	+ 6,0
Weltmarkt-Rohstoffpreise ³⁾						
Insgesamt	+ 31,0	- 10,0	+ 1,0	+ 14,0	+ 10,0	+ 2,0
Ohne Rohöl	+ 3,0	- 6,0	- 1,0	+ 13,0	+ 10,0	+ 6,0
Erdölpreis ⁴⁾	\$ je Barrel	28,0	23,6	24,1	28,2	31,0
Wechselkurs	\$ je Euro	0,924	0,896	0,945	1,131	1,22

¹⁾ Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. – ²⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ³⁾ HWWA-Index, Dollarbasis, 2000 = 100. – ⁴⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

Trotz dieser günstigen Entwicklung der Nachfrage bestehen Risiken für die Konjunktur. Unmittelbar stimmt die Tatsache skeptisch, dass der Aufschwung bislang den Arbeitsmarkt nicht erfasst hat: Die Beschäftigung stagniert, der Rückgang der Arbeitslosenquote ist nur auf das Ausscheiden enttäuschter Arbeitssuchender aus dem Arbeitskräfteangebot zurückzuführen. Sobald die expansiven Impulse der Steuerpolitik nachlassen, könnten die Konsumausgaben der privaten Haushalte an Dynamik verlieren. Aufgrund des hohen Defizits der öffentlichen Haushalte werden unmittelbar nach den Präsidentschaftswahlen im November Steuererhöhungen und die Kürzung von Staatsausgaben unvermeidlich sein. Dies wird das Wirtschaftswachstum erheblich dämpfen. Ein zweites Risiko liegt in der Überbewertung der Immobilienmärkte:

Der ungebremsste Anstieg der Häuser- und Wohnungspreise trägt wesentlich zur Ausweitung der Konsumausgaben und Bauinvestitionen bei. Ein Platzen dieser spekulativen Blase würde ebenfalls den Aufschwung merklich beeinträchtigen.

Im Euro-Raum hat sich die Wirtschaft im III. und IV. Quartal 2003 leicht belebt. Export und Ausrüstungsinvestitionen nahmen etwas zu, allerdings blieb die Dynamik recht verhalten. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte verharrten auf niedrigem Niveau. Im Jahresdurchschnitt stagnierte das BIP (real +0,4%), die Wirtschaftskrise hielt damit das dritte Jahr in Folge an. Anfang 2004 sind keine ermutigenden Signale zu erkennen, die auf eine Beschleunigung der Erholung hindeuten würden. Die Konjunkturumfragen der Europäischen Kommission zeigen eine erhebliche Verunsicherung vor allem der Unternehmen. Der Vertrauensindikator in der Industrie erholte sich von Mitte bis November 2003, stagniert allerdings seither. Die Kapazitätsauslastung wurde in der Sachgütererzeugung im I. Quartal 2004 wieder ungünstiger beurteilt als zuvor. Das Konsumentenvertrauen festigt sich langsam, allerdings scheint sich die günstigere Stimmung nicht in eine Ausweitung der Ausgaben zu übertragen, die Unternehmen des Einzelhandels melden keine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation.

Nach jüngsten Informationen könnte die Konjunkturerholung im Euro-Raum noch langsamer vorankommen, als vom WIFO im Dezember erwartet. Das BIP dürfte heuer um etwa 1½% und im Jahr 2005 um 2% wachsen. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass – ähnlich der Entwicklung im Jahr 2002 – die Aufwärtstendenz schon nach wenigen Monaten abflacht. Parallelen zur Situation vor 1½ Jahren finden sich in der markanten Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar, in den hohen und weiter steigenden Rohölpreisen auf den Weltmärkten und in der Korrektur der Bewertung der Aktien. Die Unternehmen scheinen zunehmend verunsichert und warten mit der Umsetzung von Investitionsprojekten ab. Die privaten Haushalte nutzen die geringfügigen Einkommenszuwächse eher zu einer Erhöhung des Sparanteils als zu einer Ausweitung ihrer Konsumausgaben. Vorsichtssparen scheint bei zunehmender Sorge um die Entwicklung der Sozialsysteme und hoher Arbeitsplatzunsicherheit an Bedeutung zu gewinnen.

Die Wirtschaft im Euro-Raum reagiert auf die Impulse der starken Expansion in Nordamerika und Asien nur sehr verhalten. Dies widerspricht den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, als der Konjunkturaufschwung in Europa meist von einer Erholung der Weltwirtschaft ausging. Derzeit werden aber zwei dämpfende Faktoren wirksam. Zum einen bremst die starke Aufwertung des Euro die expansiven Signale der Weltkonjunktur. Zum anderen wird die Wirtschaftsentwicklung primär von der seit drei Jahren anhaltenden Schwäche der Binnennachfrage geprägt. Solange die Unternehmen und die privaten Haushalte auf die Aufwärtstendenz der Weltkonjunktur nicht mit einer Ausweitung von Investitionen und Konsumausgaben reagieren, kann kein durchgreifender Aufschwung in Gang kommen.

Schließlich fehlen in der EU im Gegensatz zu den USA die expansiven Signale der Wirtschaftspolitik. In der gegenwärtigen Phase hoher Verunsicherung der Unternehmen und Haushalte wäre es angebracht, rasche und koordinierte öffentliche Investitionsimpulse zu setzen. Eine weitere Senkung des kurzfristigen Zinssatzes durch die EZB wird in der WIFO-Prognose bereits unterstellt.

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2003 nicht erholt. Allerdings zeigten sich in der zweiten Jahreshälfte Hinweise auf eine vorsichtige Belebung der Investitionen. Vor allem die Bauinvestitionen, deren markanter Rückgang das Wachstum des BIP seit Jahren entscheidend gebremst hatte, scheinen sich stabilisiert zu haben. Dies könnte aber auch auf Vorzieheffekte vor der Kürzung der Eigenheimzulage zurückzuführen sein, denn zu Jahresbeginn entwickelten sich die Auftragseingänge in der Bauwirtschaft wieder schwächer.

Abwartende Haltung von Investoren und Konsumenten im Euro-Raum

Die Unternehmen im Euro-Raum haben das Vertrauen in eine zügige Konjunkturbelebung verloren. Auch die privaten Haushalte sind verunsichert, die Tendenz zum Vorsichtssparen verstärkt sich. Mangels einer regen Binnennachfrage kann die Wirtschaft des Euro-Raums die Impulse der Weltwirtschaft nicht in einen dynamischen Konjunkturaufschwung umsetzen.

Konsumnachfrage in Deutschland zu schwach

Die deutsche Wirtschaft stagniert seit drei Jahren. Auch heuer dürfte das BIP kaum wachsen (real +1%). Bestimmend für die Krise sind die ausgeprägte Schwäche der Bauinvestitionen und die zurückhaltende Konsumnachfrage der privaten Haushalte.

Wie in den vergangenen Jahren war der private Konsum auch 2003 schwach; erste Informationen über die Einzelhandelsumsätze zu Jahresbeginn 2004 lassen trotz des Inkrafttretens einer weiteren Etappe der Einkommensteuersenkung keine Erholung erkennen. Die Konsumflaute wird von der anhaltend schlechten Entwicklung der Einkommen und einem merklichen Anstieg der Sparquote bestimmt. Arbeitsmarkt- und Sozialreformen dürften zum verstärkten Vorsichtssparen wesentlich beitragen. Eine Erhöhung des Sparanteils am verfügbaren Einkommen während einer Wirtschaftskrise ist ungewöhnlich und beeinträchtigt die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erheblich.

Trotz schwierigen Umfeldes – niedriger Dollarkurs und relativ hohe Realzinsen – behauptet sich die deutsche Exportwirtschaft gut. Von Mitte 2003 bis Anfang 2004 entwickelte sich auch der ifo-Geschäftsklimaindex, der wichtigste Indikator für das Zukunftsvertrauen der Unternehmen, günstig. Im Februar und März verschlechterte sich das Wirtschaftsklima allerdings deutlich. Das WIFO erwartet deshalb für 2004 ein Wirtschaftswachstum von real nur 1%; diese Rate liegt etwas unter den Prognosen der deutschen Forschungsinstitute. Die vorsichtigere Einschätzung wird durch ungünstige Meldungen über das Geschäftsklima in der Industrie und die Einzelhandelsumsätze zu Jahresbeginn ebenso gerechtfertigt wie durch eine zurückhaltendere Beurteilung der Wachstumseffekte der höheren Zahl der Arbeitstage im laufenden Jahr. Vor dem Hintergrund einer von der Nachfrage begrenzten Wirtschaftsentwicklung werden die Auswirkungen zusätzlicher Arbeitstage auf das BIP eher gering sein. Die schwache Konjunktur erlaubt keine Erholung auf dem Arbeitsmarkt. Institutionelle Veränderungen könnten aber einen leichten Rückgang der offiziell ausgewiesenen Arbeitslosenquote bewirken.

Verhaltener Aufholprozess der EU-Beitrittsländer

Das Wirtschaftswachstum hat sich in den Beitrittsländern 2003 beschleunigt und lag mit durchschnittlich 3½% deutlich über jenem der EU 15 (+¼%). Dies geht vor allem auf eine Erholung in Polen zurück, wo die Budgetpolitik auf einen weniger restriktiven Kurs eingeschwenkt ist. Restriktive budget- und geldpolitische Maßnahmen, die immer wieder zur Verringerung der hohen Leistungsbilanzdefizite ergriffen werden müssen, bleiben aber die entscheidende Wachstumsbremse in den Beitrittsländern. Ungarn, einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs, dürfte heuer aufgrund drastischer Zinserhöhungen an Dynamik einbüßen. In den neuen EU-Ländern wächst das BIP auch in den Jahren 2004 und 2005 mit real +3½% pro Jahr im Durchschnitt deutlich rascher als in der EU 15; der Aufholprozess erfolgt aber zu langsam, um in den nächsten Jahrzehnten zum Niveau des BIP pro Kopf der derzeitigen Mitgliedsländer aufschließen zu können. Eine stärkere Ausweitung öffentlicher und privater Auslandsinvestitionen in den Beitrittsländern könnte in den nächsten Jahren die Leistungsbilanzprobleme mildern und damit die Wachstumsbremse etwas lockern.

Langsame Konjunkturerholung mit Abwärtsrisiken in Österreich

In Österreich wächst das reale BIP – wie in den letzten drei Jahren – etwa gleich rasch wie in der EU. Bauinvestitionen und privater Konsum zählen zu den Stützen der Konjunktur. Allerdings weist die zunehmende Verunsicherung der Unternehmen in der Sachgütererzeugung auf die hohen Konjunkturrisiken hin.

Österreichs Wirtschaft wuchs im Jahr 2003 mit real +¾% gleich rasch wie der Durchschnitt der EU-Länder. Anders als in den zwei Jahren zuvor stabilisierte die Inlandsnachfrage die Konjunktur. Vor allem die Bauinvestitionen wurden aufgrund der regen Nachfrage im Infrastrukturbereich stark gesteigert. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte nahmen zwar deutlich langsamer zu als im langfristigen Durchschnitt, aber rascher als die Gesamtnachfrage.

Ab Mitte 2003 zeichnete sich eine Belebung der konjunktur reagiblen Sachgütererzeugung ab. Produktionserwartungen und Auftragsbestände wurden im WIFO-Konjunkturtest wesentlich günstiger beurteilt, und die Unternehmen schätzten die weiter in die Zukunft reichenden Indikatoren neuerlich optimistischer ein. Seit Anfang 2004 setzt sich allerdings diese Verbesserung des Geschäftsklimas nicht fort, die Produktionserwartungen sind wieder ungünstiger. Derzeit lässt sich noch nicht eindeutig feststellen, ob dies nur eine "Konjunkturpause" infolge der neuerlichen Aufwertung des Euro Ende 2003 ist oder ob die zaghafte Konjunkturerholung bereits ins Stocken geraten ist. Die Unternehmen scheinen das Vertrauen in eine zügige Aufwärtstendenz, wie sie für vergangene Konjunkturzyklen typisch war, verloren zu haben.

Übersicht 3: Produktivität

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 3,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,3
Erwerbstätige ¹⁾	+ 0,8	+ 0,6	- 0,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,8
Vollzeitäquivalent	+ 1,0	+ 0,6	- 0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,7
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 2,6	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,4
Vollzeitäquivalent	+ 2,4	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,5
Sachgütererzeugung						
Produktion ²⁾	+ 6,5	+ 1,4	+ 0,5	- 0,2	+ 2,2	+ 3,3
Beschäftigte ³⁾	+ 0,0	+ 0,2	- 2,5	- 1,7	- 1,2	- 0,7
Stundenproduktivität ⁴⁾	+ 6,6	+ 1,6	+ 3,6	+ 1,5	+ 3,4	+ 3,8
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	- 0,1	- 0,4	- 0,5	- 0,0	± 0,0	+ 0,2

¹⁾ Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁵⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Unter der Annahme, dass sich die Konjunkturerholung verlangsamt, aber nicht völlig abreißt, erwartet das WIFO für das Jahr 2004 ein Wirtschaftswachstum von real 1,5%. Die leichte, exportgestützte Belebung der Sachgüterproduktion wird ergänzt von einer regen Bautätigkeit vor allem im Tiefbau und einer Aufhellung im privaten Konsum. 2005 könnte die Wachstumsrate 2¼% erreichen. Von der Senkung der Lohn- und Einkommensteuer gehen Impulse für den privaten Konsum aus, der mit einer Ausweitung um 2½% wesentlich zu einer Verbesserung der Nachfrage beiträgt. Angesichts der erheblichen Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Industriekonjunktur ist die Prognose für 2005 allerdings als grobe Schätzung zu verstehen.

Übersicht 4: Entwicklung der Nachfrage

	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (zu Preisen von 1995)								
Konsumausgaben insgesamt	149,45	151,14	153,08	155,99	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,9
Private Haushalte ¹⁾	112,80	114,23	116,17	119,08	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,5
Staat	36,66	36,91	36,91	36,91	+ 0,1	+ 0,7	± 0,0	± 0,0
Bruttoinvestitionen	45,46	47,55	47,90	49,87	- 3,3	+ 4,6	+ 0,7	+ 4,1
Bruttoanlageinvestitionen	44,80	46,72	47,99	49,51	- 2,8	+ 4,3	+ 2,7	+ 3,2
Ausrüstungen ²⁾	20,23	21,47	22,11	23,11	- 5,2	+ 6,1	+ 3,0	+ 4,5
Bauten	24,57	25,25	25,88	26,40	- 0,7	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,0
Vorratsveränderung ³⁾	0,66	0,83	- 0,10	0,36				
Statistische Differenz	0,03	- 0,18	0,00	0,00				
Inländische Verwendung	194,94	198,50	200,98	205,86	+ 0,0	+ 1,8	+ 1,2	+ 2,4
Exporte	111,19	112,26	117,23	124,29	+ 3,7	+ 1,0	+ 4,4	+ 6,0
Reiseverkehr	10,54	10,70	10,91	11,23	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,9
Minus Importe	104,96	108,08	112,40	119,69	+ 1,2	+ 3,0	+ 4,0	+ 6,5
Reiseverkehr	8,08	8,23	8,40	8,60	- 4,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,4
Bruttoinlandsprodukt	201,17	202,68	205,81	210,45	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,3
Nominell	218,33	224,27	231,83	240,67	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,4	+ 3,8

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – ³⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Österreichs Warenexporte lagen laut Außenhandelsstatistik im Jahr 2003 nominell um nur 1¼% über dem Niveau des Vorjahres. Als besonders schwach erwies sich die Ausfuhr in den EU-Binnenmarkt. Etwas besser verlief der Export in die Beitrittsländer, allerdings verlieren die österreichischen Unternehmen auf diesen Märkten – ausgehend von hohem Niveau – merklich an Marktanteilen.

Die allgemein verzeichneten Marktanteilsverluste der heimischen Exporteure gehen auch auf die ungünstige preisliche Wettbewerbsfähigkeit zurück, deren Ursache in der Aufwertung des Euro liegt. Der real-effektive Wechselkursindex für Industriewaren verschlechterte sich zwischen 2000 und 2004 um mehr als 5%. Dies kann durch den merklichen Rückgang der Lohnstückkosten relativ zu den Handelspartnern nicht ausgeglichen werden.

Außenhandel belebt sich verhalten

Österreichs Export leidet unter der Schwäche der Nachfrage wichtiger Handelspartner. Die Aufwertung des Euro bringt eine Verringerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und Marktanteilsverluste mit sich. Die Preise der Importgüter sinken allerdings rascher als jene im Export.

Übersicht 5: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoverdienste pro Kopf ¹⁾	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,6
Vollzeitäquivalent	+ 2,6	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,8
Realeinkommen pro Kopf ¹⁾						
Brutto	+ 1,0	- 0,8	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,1
Netto	+ 1,6	- 1,1	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,9	+ 2,5
Nettomasseneinkommen, nominell	+ 4,5	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,4	+ 4,1
Gesamtwirtschaft						
Lohnstückkosten	- 0,5	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,2
Sachgütererzeugung						
Lohnstückkosten	- 5,0	+ 1,6	- 0,7	+ 0,3	- 1,2	- 1,3
Relative Lohnstückkosten ²⁾						
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	- 6,0	- 0,4	- 0,7	+ 2,1	- 1,1	- 1,7
Gegenüber Deutschland	- 2,3	- 0,1	- 0,5	+ 0,4	- 1,6	- 1,8
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	- 2,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 3,7	+ 1,3	- 1,1
Real	- 3,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,9	+ 1,2	- 0,9

¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). - ²⁾ In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Das WIFO erwartet, dass der Warenexport im Zuge der leichten Erholung der Konjunktur bei den Handelspartnern allmählich an Schwung gewinnt. Sein Wachstum könnte heuer real +4½% erreichen. Die bedeutende Aufwertung des Euro engt den Preisspielraum der Unternehmen deutlich ein. Die Preise der Warenimporte werden wechsellkursbedingt allerdings noch stärker sinken als die Exportpreise. Die Terms-of-Trade verbessern sich. Die Warenimporte dürften 2004 nicht rascher steigen als im Vorjahr, als die hohen Ausrüstungsinvestitionen gegen Jahresende einen Importschub auslösten. Der Saldo der Handelsbilanz verringert sich leicht, allerdings bleibt er geringfügig im Passivum. Das Defizit in der Leistungsbilanz beträgt im Prognosezeitraum so wie im Jahr 2003 etwa ½% des BIP.

Uneinheitliches Bild der Ausrüstungs-investitionen

Laut vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stiegen die Ausrüstungsinvestitionen einschließlich sonstiger Anlagen im IV. Quartal 2003 gegenüber dem Vorjahr real um 12%. Diese Zunahme ist deutlich höher, als unter den Rahmenbedingungen schwacher Kapazitätsauslastung zu erwarten gewesen wäre. Sie dürfte vor allem Vorzieheffekte wegen der ursprünglich bis Ende 2003 befristeten Investitionszuwachsprämie widerspiegeln. Der WIFO-Investitionstest erfasst eher die konjunkturellen Determinanten der Investitionstätigkeit. Seine Ergebnisse lassen für das Jahr 2004 nicht auf eine allgemeine Erholung der Investitionsaktivitäten schließen. Das WIFO rechnet deshalb mit einer Steigerung der Ausrüstungsinvestitionen von nur 3% gegenüber dem Vorjahr.

Eintrübung des Industrieklimas zu Jahresbeginn

Die Sachgütererzeugung ist der am stärksten konjunkturreagible Bereich des produzierenden Sektors. Produktionswerte wurden von Statistik Austria bislang bis November 2003 vorgelegt. Kumuliert ergab sich von Jänner bis November ein Anstieg des nominellen Produktionsindex um knapp 2% gegenüber dem Vorjahr. Laut vorläufiger Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung dürfte die reale Wertschöpfung der Sachgütererzeugung im Jahr 2003 stagniert haben (-0,2%). Rezentere Daten für die Industriekonjunktur liefert der WIFO-Konjunkturtest. Die befragten Unternehmen meldeten per Saldo ab Mitte 2003 eine kontinuierliche Aufhellung des Geschäftsklimas. Getragen von einer Zunahme der Eingänge an Auslandsaufträgen verbesserten sich die Produktionserwartungen der Unternehmen merklich.

Übersicht 6: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>								
Land- und Forstwirtschaft	4,68	4,46	4,46	4,46	+ 5,7	- 4,8	± 0,0	± 0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	40,81	40,73	41,63	43,00	+ 0,5	- 0,2	+ 2,2	+ 3,3
Energie- und Wasserversorgung	5,85	6,00	6,12	6,24	+ 5,3	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,0
Bauwesen	13,48	13,82	14,17	14,45	- 0,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,0
Handel ²⁾	24,78	25,09	25,51	26,15	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,7	+ 2,5
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	7,42	7,52	7,66	7,84	+ 2,4	+ 1,3	+ 1,9	+ 2,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	14,49	14,63	14,82	15,09	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,8
Kreditinstitute und Versicherungen	13,64	13,63	13,70	13,88	+ 0,1	- 0,0	+ 0,5	+ 1,3
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	29,59	30,03	30,63	31,39	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,5
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	10,76	10,74	10,71	10,71	- 0,4	- 0,2	- 0,3	± 0,0
Sonstige Dienstleistungen	25,48	25,84	26,23	26,75	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	190,99	192,50	195,64	199,97	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,6	+ 2,2
Bruttoinlandsprodukt	201,17	202,68	205,81	210,45	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,3

1) Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – 2) Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – 3) Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – 4) Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – 5) Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Allerdings trübte sich das Konjunkturbild bereits gegen Jahresende 2003 wieder ein. Die Auftragsbestände nahmen nicht weiter zu, und in der Umfrage vom März gingen die Produktionserwartungen saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat deutlich zurück. Diese Korrektur kommt unerwartet früh. Vorerst bleibt abzuwarten, ob die Stimmung nur kurzfristig getrübt ist. Das WIFO erwartet nach einer Stagnation der Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung im Jahr 2003 für heuer ein sehr verhaltenes Wachstum von real 2¼%. Sollte sich die negative Tendenz der Industriekonjunktur, wie sie der WIFO-Konjunkturtest seit Jänner 2004 anzeigt, in den kommenden Monaten fortsetzen, dann wäre mit einer noch schwächeren Produktion zu rechnen. Auch die Industriebeschäftigung würde in diesem Fall stärker sinken als derzeit erwartet (-7.000 Beschäftigte).

Die Wertschöpfung wuchs in der Bauwirtschaft im Jahr 2003 mit real +2½% merklich rascher als im Dezember erwartet. Vor allem im Tiefbau erwiesen sich die Aktivitäten als sehr rege. Die Ausweitung des Finanzierungsrahmens für Asfinag und SCHIG erlaubte eine kräftige Anhebung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Auch heuer dürfte die Bautätigkeit in diesem Bereich gesteigert werden. Im WIFO-Konjunkturtest wurden Auftragslage und Produktionsentwicklung bis Jahresende 2003 günstig beurteilt.

Die Nachfrage nach Wohnungen erholt sich nach dem Tiefstand im Jahr 2002. Auch die verstärkte Zuwanderung löst einen Zusatzbedarf an geförderten Wohnungen aus. Allerdings weiten die Bundesländer die Bewilligungen für den Wohnungsneubau recht zurückhaltend aus. Der aus schwacher Einnahmenentwicklung resultierende Druck auf die Länderhaushalte scheint zuzunehmen, die Behörden zögern vor allem bei der Bewilligung von Investitionen.

Günstiger entwickelt sich seit Mitte 2003 der Industriebau, er profitiert von hohen Ausstattungsinvestitionen. Hingegen bestehen im Bürobau weiterhin erhebliche Überkapazitäten. Bauproduktion und Bauinvestitionen könnten heuer neuerlich real um 2½% zunehmen. 2005 ist mit einer Abschwächung des Wachstums zu rechnen.

Im I. Quartal hat sich das Geschäftsklima in der Sachgütererzeugung eingetrübt. Dies weist nicht auf ein Ende der Konjunkturbelebung hin, doch haben sich die Risiken erhöht. Das WIFO geht von einer sehr mäßigen Ausweitung der Produktion in der Industrie aus (2004 real +2¼%).

Rege Investitionen im Tiefbau

Konsumausgaben werden 2005 zur Konjunkturstütze

Die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer entlastet die privaten Haushalte im Jahr 2005 merklich. Die Zunahme der verfügbaren Einkommen (real +3%) erlaubt eine Ausweitung der Konsumnachfrage, vor allem jener nach dauerhaften Gütern. Auch die Sparquote der privaten Haushalte steigt kräftig, sie wird 9% der verfügbaren Einkommen erreichen.

Die Wertschöpfung lag 2003 im Handel laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung real um nur 1,2% über dem Niveau des Vorjahres. Vor allem der Einzelhandel entwickelte sich schwach, er stagnierte im 2. Halbjahr gegenüber dem Vorjahr. Allerdings erscheinen die Daten aufgrund der ungewöhnlich großen Differenz zwischen den von Statistik Austria veröffentlichten realen und nominellen Werten unsicher, die Inflation dürfte um etwa 1 Prozentpunkt überschätzt sein. Hingegen entwickelten sich der Großhandel aufgrund der regen Investitionstätigkeit und der Kfz-Handel günstiger.

Übersicht 7: Konsum, Einkommen und Preise

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 3,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,5
Dauerhafte Konsumgüter	+ 3,9	+ 1,8	+ 3,6	+ 0,8	+ 3,0	+ 5,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 3,2	+ 1,3	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 3,3	+ 0,4	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 3,0
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte ²⁾	8,4	7,5	8,2	8,4	8,5	9,0
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 6,7	+ 3,5	+ 1,2	+ 1,6	+ 2,6	+ 2,8
	In %					
Inflationsrate						
National	2,3	2,7	1,8	1,3	1,6	1,5
Harmonisiert	2,0	2,3	1,7	1,3	1,4	1,3
Kerninflation ³⁾	0,9	2,3	2,0	1,3	1,2	1,4

¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ³⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Erste Informationen über die Handelsumsätze zeigen zu Jahresbeginn kaum Zuwächse gegenüber dem Vorjahr. Im Jahresverlauf dürfte das Umsatzwachstum im Einzelhandel neuerlich hinter jenem des Großhandels zurückbleiben. Darin spiegelt sich auch die anhaltende Tendenz zu einem Anstieg des Sparanteils am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Die Sparquote stieg von ihrem Tiefstand im Jahr 2001 (7,5%) auf 8,4% im Jahr 2003 und dürfte heuer neuerlich leicht zunehmen. Dies lässt eine reale Ausweitung der Konsumausgaben um 1,7% zu. Im Jahr 2005 wird die Entlastung an Lohn- und Einkommensteuer wesentlichen Einfluss auf Spar- und Konsumtätigkeit haben. Die Sparquote dürfte sich nochmals um ½ Prozentpunkt erhöhen, und das Wachstum des privaten Konsums beschleunigt sich real auf 2½%. Vor allem die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern wird deutlich ausgeweitet (real +5½%). Ein wesentlicher Teil der zusätzlichen Ausgaben entfällt allerdings auf importierte Güter und Auslandsreisen.

Neben dem Handel wuchs auch die Wertschöpfung anderer privater Dienstleistungsanbieter im vergangenen Jahr sehr verhalten. Vor allem das Kredit- und Versicherungswesen litt – wie in den Jahren zuvor – unter der gedämpften Einkommens- und Investitionsentwicklung. Schwach entwickelten sich auch Verkehr und Nachrichtenübermittlung, die Beschäftigung sank in diesen Branchen merklich. Im Beherbergungs- und Gaststättenwesen stieg die Wertschöpfung real um nur 1¼%, weil einerseits die ausländischen Gäste ihre Ausgaben nur wenig ausweiteten (+1½%) und andererseits auch die Österreicher zurückhaltend disponierten. Im Reiseverkehr dürfte sich das Exportwachstum 2004 und 2005 etwas beschleunigen. Österreich gilt als sicheres Reiseland und könnte so von seinen spezifischen Standortvorteilen gegenüber anderen Tourismusdestinationen begünstigt sein.

Der Preisauftrieb dürfte etwas stärker ausfallen als im Dezember angenommen. Maßgebend für die etwas höhere Inflationsrate sind vor allem die Energiepreise. Deren Auftrieb ist eine Folge der Rohölverteuerung auf den Weltmärkten und der deutlichen Anhebung der Energiesteuern mit Jahresbeginn 2004. Die Energieverteuerung schlägt auch geringfügig auf die Preise industriell-gewerblicher Güter durch, deren Auftrieb aber durch den Rückgang der Lohnstückkosten in der Sachgütererzeugung und der Importpreise gedämpft wird. Eine etwas stärkere Aufwärtstendenz wird auch für die Preise von Nahrungsmitteln und Saisonwaren erwartet. Die Inflationsrate dürfte heuer und im kommenden Jahr laut VPI 1,6% bzw. 1,5% betragen, der Anstieg des nach den Vorgaben von Eurostat einheitlich berechneten HVPI liegt bei 1,4% bzw. 1,3%.

Die Bruttoeinkommen je unselbständig Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) steigen heuer wie im Vorjahr um etwa 2½%. Die Lohn- und Gehaltsrunde für das Jahr 2005 wird unter dem Eindruck der Konjunkturlage, aber auch des verstärkten Preisauftriebs stehen. Das WIFO nimmt einen durchschnittlichen Steigerungssatz von 2¼% an. Nach vier Jahren schwachen Wachstums werden die Nettorealeinkommen erst im Jahr 2005 kräftiger wachsen. Die Steuersenkung dürfte eine Zunahme pro Kopf von 2½% zulassen. Auch die Nettomasseneinkommen werden sich real um gut 2½% erhöhen.

Auf dem Arbeitsmarkt ist bis ins Jahr 2005 keine Trendwende abzusehen. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger wird stark durch institutionelle Veränderungen geprägt. Zwischen 2000 und 2003 ging fast das gesamte Wachstum auf die Ausweitung der Zahl der Kinderbetreuungsgeldbezieher, der Schulungsteilnehmer und der Bezieher von Altersteilzeitgeld zurück. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten¹⁾ erhöhte sich hingegen kaum, in Vollzeitäquivalenten ging sie sogar zurück. In den Jahren 2004 und 2005 kann mit einer leichten Ausweitung an aktiver Beschäftigung gerechnet werden. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten wird 2004 um 0,5% und 2005 um 0,8% steigen. Der Anteil der aktiv Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nimmt von 62,6% im Jahr 2003 auf 63,3% im Jahr 2005 zu.

Ein Beschäftigungszuwachs ist primär im öffentlichen und halböffentlichen Bereich zu erwarten: Vor allem für Unterricht und Gesundheit ist eine steigende Arbeitskräftenachfrage zu verzeichnen. Auch im heterogenen Sektor der unternehmensnahen Dienstleistungen steigt die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse. Hier spiegelt sich der anhaltende Trend zur Auslagerung von Dienstleistungen aus der Industrie und dem öffentlichen Sektor. Im Baugewerbe wird sich der Beschäftigungsrückgang aufgrund der regen Produktionszunahme verlangsamen. Hingegen bleibt die Erholung in der Sachgüterproduktion deutlich zu gering, um die Arbeitsplatzverluste zum Stillstand zu bringen.

Die schwache Konjunktur lässt einen nur leichten Anstieg der Beschäftigung zu. Da gleichzeitig das Arbeitskräfteangebot beträchtlich ausgeweitet wird, erhöht sich die Arbeitslosenquote weiter. Die Entwicklung des Angebotes wird maßgeblich durch eine rasche Zunahme der Zahl ausländischer Arbeitskräfte bestimmt: Durch die großzügige Saisonierregelung kommen zusätzliche Arbeitskräfte nach Österreich, und der Zugang zum Arbeitsmarkt wurde für länger im Inland ansässige Angehörige ausländischer Arbeitnehmer erleichtert. Zusätzlich haben die Änderungen im Pensionssystem einen angebotserhöhenden Effekt, da das effektive Pensionsantrittsalter kontinuierlich steigt.

Die Arbeitslosenquote erreicht 2004 und 2005 7,2% der unselbständigen Erwerbspersonen. Das entspricht einem Niveau von knapp 250.000 Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt – 2000 betrug es 194.000. Gemäß EU Labour Force Survey lautet die Arbeitslosenquote 4,5% der Erwerbspersonen.

Preisauftrieb etwas beschleunigt

Weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Arbeitslosen nimmt im Jahr 2005 auf 248.000 zu. Die beträchtliche Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes vor allem durch zusätzliche ausländische Arbeitskräfte übersteigt weiterhin das konjunkturbedingt schwache Beschäftigungswachstum.

¹⁾ Unselbständig Beschäftigte ohne Bezug von Karenz bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst und ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer.

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 30,1	+ 13,8	- 10,9	+ 9,2	+ 19,2	+ 27,2
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 28,2	+ 12,3	- 14,3	+ 6,2	+ 16,0	+ 24,0
Veränderung gegen das Vorjahr	<i>in %</i>					
Inländer	+ 14,7	+ 2,9	- 19,5	- 9,7	± 0,0	+ 5,5
Ausländische Arbeitskräfte	+ 13,4	+ 9,5	+ 5,1	+ 15,9	+ 16,0	+ 18,5
Selbständige ³⁾	+ 1,9	+ 1,5	+ 3,4	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,2
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 27,0	+ 27,5	+ 27,0	+ 29,1	+ 11,7	- 4,0
15- bis 59-Jährige	- 16,5	- 13,8	- 1,2	+ 12,3	+ 14,3	+ 26,3
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 2,6	+ 23,4	+ 17,6	+ 16,9	+ 25,1	+ 29,2
Überschuss an Arbeitskräften						
Vorgemerkte Arbeitslose ⁵⁾	- 27,4	+ 9,6	+ 28,5	+ 7,7	+ 5,9	+ 2,0
Stand	<i>in 1.000</i>					
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁶⁾	3,7	3,6	4,3	4,4	4,5	4,5
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,3	5,5	6,2	6,3	6,4	6,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	5,8	6,1	6,9	7,0	7,2	7,2
Beschäftigungsquote						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁷⁾	63,3	63,3	62,8	62,6	62,8	63,3
Erwerbstätige ⁶⁾⁷⁾	68,5	68,5	69,3	69,7	69,9	69,9

¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Laut WIFO. – ⁴⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁵⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁶⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁷⁾ In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

Budgetsaldo von den Kosten der Steuerreform geprägt

Der Finanzierungssaldo des Staates wies im Jahr 2003 einen Abgang von etwa 1% des BIP auf. Auch heuer dürfte das Defizit in dieser Größenordnung liegen. Das Aufkommen an indirekten Steuern entwickelt sich günstig, jenes an direkten Steuern wächst nur schwach. Einnahmenseitig entstehen durch das Vorziehen von Teilen der zweiten Etappe der Steuerreform. Der Anstieg der Ausgaben für monetäre Sozialleistungen bleibt aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der steigenden Kosten für Kinderbetreuungsgeld und Altersteilzeitgeld kräftig. Im Jahr 2005 werden die öffentlichen Haushalte primär von der Senkung der Lohn- und Gewinnsteuern geprägt. Die Steuerreform dürfte den Finanzierungssaldo um etwa ¾% des BIP verschlechtern und ein Defizit von etwa 1½% des BIP zur Folge haben. Ein erheblicher Teil des Entfalls an Körperschaftsteuereinkommen wird allerdings erst in den Folgejahren wirksam.

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	<i>In % des BIP</i>					
Budgetpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition ¹⁾	- 1,5	+ 0,2	- 0,2	- 1,1	- 1,0	- 1,5
Laut VGR	- 1,6	+ 0,1	- 0,4	- 1,2	- 1,0	- 1,5
Primärsaldo des Staates laut VGR	+ 2,2	+ 3,8	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,3	+ 1,8
	<i>In %</i>					
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	4,4	4,3	3,3	2,3	2,0	1,8
Sekundärmarktrendite ²⁾	5,6	5,1	5,0	4,2	4,1	3,9
	<i>Veränderung gegen das Vorjahr in %</i>					
Effektiver Wechselkursindex						
Nominell	- 2,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 3,8	+ 1,4	- 1,3
Real	- 3,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 2,8	+ 1,2	- 1,2

¹⁾ Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).